

Welt-Zeitung

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtage und Montage einmal...

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Film-Zeitung Techn.-Zeitung Sport-Zeitung Haus u. Garten-Zig Witzblatt „ULK“

Schlesischer Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinberger Straße 70, Fennstr. 1...

Auf den Spuren eines Fememords

Ein deutschpöblischer Chauffeur verhaftet - Die Brigade Erhardt im Spiel

Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den deutschpöblischen Chauffeur Schwung zu verhaften...

zu sein. Der Polizei und der Staatsanwaltschaft verweigerte er jede Auskunft...

Schnelldienst

Die auf den Seiten des 28. Juli berichtete Großhandelsindex der Statistischen Reichsanstalt gegenüber dem 21. Juli um 0,4 vom Proz. auf 126,8 gesunken.

Mit 19 gegen 13 Stimmen

Annahme der Polacaré-Vorlage im Finanzausschuss - Geplante Fremdensteuer in Frankreich

Der Finanzausschuss der Kammer hat die Regierungsvorlage mit 19 Stimmen gegen 13 angenommen...

nehmen. Die prompt erfolgte Antwort des Rabiniers Wiße lautete dahin, daß der Auffass Wißels II. beweise, daß er ein vollkommen Ignorant auf dem Gebiete der theologischen Wissenschaften sei.

Noch keine Friedenssicht in England

Morgen Zulammentritt der Bergarbeiterdelegierten Intervention der Arbeiterpartei

Das neu gebildete Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes hat heute vormittag zum ersten Male zusammen...

Gestern abend in später Stunde hat der Vollzugsausschuss der parlamentarischen Arbeiterpartei den Vollzugsausschuss des Bergarbeiterverbandes für heute zu einer Konferenz im Unterhaus eingeladen.

Der Reichstag und die Kanzler des Weltkrieges

Dr. Ludwig Herz

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat einen neuen Band seiner Forschungen veröffentlicht...

Alldings Fürst Salom, der Vorgänger des ersten Kriegskanzlers, hatte sich geschämt das Amt eines parlamentarischen Kanzlers zu geben...

Wohl man sich, dem Volk alle früheren Kanzler von der Krone abrotiert, dachte gar nicht daran, sich zum Kanzler dieses Volkes zu fällen.

Stein anderer mehr als Weßmann hätte der Stütze einer selten Reichstagsmehrheit bedurft. Er war in dem Erlebnis des Weltkrieges über sich hinausgewachsen...

Wilhelm der Amateurtheologe

Ein Abtuch aus Amerika

Die von Wilhelm II. im „Current History“ aufgestellte Behauptung, daß das Ziel der neu-jüdischen Bewegung in Amerika, die christliche Lehre Christi zu aufgeben...

Die Gewerkschaft im Ruhrrevier

In einer Sitzung des paritätischen Sachverständigenrat der Abteilung Bergbau des Landesratsamtes Westfalen wurde von dem Leiter der Abteilung, Dr. Weße, über die Arbeitsverhältnisse im Ruhrrevier...

Frauenbewegung — aber nicht zu stürmisch!

Die Frauen den „Wirtschafts-Männern weit voraus“

Die ganze Gift- und Ziellohigkeit der Männer in der sogenannten „Wirtschaftspartei“ offenbart sich erst auf ihrer Frauenaufstellung. Da die Frauen seit beinahe acht Jahren das volle Wahlrecht gleich den Männern besitzen und ausüben, war auch bei den „mittelfränkischen Frauen“ der kühne Gedanke aufgetaucht, eine eigene Organisation aufzumachen. Aber der Parteiführer Dreywig winterte großtätiger ab: nur nicht zu stürmisch! Das war etwas der Inhalt seiner Rede an die „Kollegen und Kolleginnen“, die er an die den Wirtschaftspartei zugehörigen Frauenlesung hielt. Als die Vorlesende Frau v. K. K. K. die Notwendigkeit einer eigenen Frauenorganisation mit der Führung der Frauenaufstellung, der Reichsparteitag sei der Frauenbewegung nicht genügend entgegengekommen, erhob sich sofort Herr Dreywig mit einem beschwörenden Ja — aber! Die Partei sei ja von der Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Frauen überzeugt, aber das könne nicht in so klammheimlichen Bahnen vor sich gehen, wie manche Frauen wünschen. Die mittelfränkischen Frauen hätten eben noch nicht die notwendige Reife, da sie bisher lediglich die „Mitteln“ der Hausfrau, Mutter und geschäftlichen Kameradin ausübten. Im Gottesdienst keine „Sprungbühne“ und nicht „mit der Partei im Widerspruch“! Auch keine „Verflechtung“ mit den Frauenbewegungen anderer Parteien! „Selbst wenn“ sich die mittelfränkische Frau „im Laufe der Zeit so weit fühlte“, daß sie in der Lage wäre, auf dem Gebiete der Politik, Wirtschaft und Kultur mitzuarbeiten und „vielleicht einmal selbst an der Gesetzgebung mitzuwirken.“ — na, und so weiter!

„Vielleicht einmal“ (nach unendlichen Zeiten!) — eine blamablere Rede hat unersessenes Herr Dreywig noch nicht gehalten. Jetzt ist schon neuer Zeiten und neuer Erscheinungen. Die Frauen sind nicht mehr etwas anderes als vom Schutze der Lebensfrage sprechen zu müssen. Herr Dreywig hat anerkennend gar nicht gemerkt, ein wie klägliches Zeugnis er seinen eigenen Parteifrauen ausstellt. Und obendrein ein falsches Zeugnis. Denn die Frauen sind längst viel weiter als er mit seinen Kollegen. Die Gesamtheit der deutschen Frauen wird seit 17 Jahren an der Gesetzgebung mit, er aber redet noch von „vielleicht einmal“. Während seine Männer vor lauter „Wirtschaft“ bis heute noch kein klares politisches und kulturelles Programm gefunden haben — und wahrlich auch nie finden werden — äußerte eine der Frauen, Frau Densin, schon sehr klare und zielbewusste Gedanken: Die Frauen hätten im Kriege bemerkt, daß sie den Männern in durchaus gleichberechtigt zur Seite ständen. Und wenn sie nun das Wort ergreifen könnten, dann dürften sie sich nicht damit begnügen, lediglich zur Mahnlurne zu gehen, sondern sie müßten sich selbst ein Bild über die Grundlagen der Politik und Wirtschaft machen. Ob Herr Dreywig den ziemlich deutlichen Hinweis gemerkt hat? Es ist leider kaum anzunehmen. Aber wir sehen: Die Frauen drängen vorwärts und wollen lernen, verstehen, ein klares Ziel gewinnen. Die Männer drängen rückwärts und halten wie Grobpaten bei der Lebensfrage. Seit den vorwärtsstrebenden Frauen! Es sieht ganz so aus, als ob sie viel eher zu einem Kulturtribe der neuen Zeit kommen werden als ihre Dreywig.

Brandenburgische Mordverbote abgebaut

Schwerin, 29. Juli.

Das medienburgische Kultusministerium hob durch Regierungsverordnung die rückschrittlichen Bestimmungen der Regierung Brandenburg betreffend die äußere Festhaltung der Sonn- und Festtage auf. Nach dieser Verordnung sind sämtliche Sonntage, Feiertage und öffentliche Feiern an den Vorabend der Sonn- und Festtage und an den Sonn- und Festtagen selbst allgemein bis 1 Uhr nachts gestattet. Am Montag kann die Veranstaltung durch die Festbesucher bis 3 Uhr nachts erfolgen. Öffentliche Festtage sind an den Vorabenden vor den Sonn- und Festtagen nach den Bestimmungen der Verordnung bis 12 Uhr nachts gestattet. An Sonn- und Festtagen sind nach der Verordnung, die bis um 11 Uhr nachts festgelegt ist, Umzüge und musikalische Veranstaltungen gestattet. Dies alles war bisher verboten. Die Bestimmungen des geltenden Gewerbe-, Handels-, und Industriegesetzes lauten unter der alten Regierung dergestalt: Die Befreiung dieser Verbote.

Zur ersten Hilfe für die Geschädigten im Meber- schwenmungsgebiet der Elbe hat das medienburgische Staatsministerium folgende Verordnung erlassen: Die Geschädigten des Elbegebietes sind angewiesen, den Geschädigten die fälligen Schäden zu zahlen bzw. zu ersetzen.

Die ermäßigten Mehlzölle im Reichsrat

Annahme der Regierungsvorlage — Bayern und Württemberg überstimmt

Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Reichsinnenministers Kühl eine öffentliche Sitzung ab, in der er sich hauptsächlich mit der Verordnung der Reichsregierung beschäftigte, die ab 1. August bis auf weiteres niedrigeren Zölle für Mehl und sonstige Mäckererzeugnisse festsetzt. Nach der Vorlage sollen die Zölle für Mehl aus Oester und Weizen 14 Mark, für sonstiges Mehl 10 Mark, für Gersten und Oris (sowie sonstige Mäckererzeugnisse aus Oester 14 Mark und sonst 10 Mark pro Doppelzentner betragen. Diese Zölle sollen am 1. August in Kraft treten.

Die Reichslandwirtschaftlichen Kreise hatten der Vorlage zugestimmt. In der heutigen Sitzung kam es zu einer Debatte, in der der bayerische Landbau v. Freger unter anderem ausführte, daß der bayerische Regierung die vorgeschlagenen Zölle für Mehl zu niedrig erschienen. Im Interesse des Abbaus des inländischen Getreides sei es dringend erforderlich, die einheimische Mäckerer vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Um dies zu erreichen, wäre ein Zoll von 12,50 Mark an Stelle des mit 10 Mark vorgeschlagenen notwendig, und zwar dies um so mehr, als ausländisches Mehl vorzugsweise durch Ostpreußen und ansonsten der befragten Bergenden Höhe der Mehlzölle, die von 178 000 Doppelzentnern im ganzen Jahre 1918 allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1926 auf 436 700 Doppelzentner angewachsen sei.

Der Vertreter von Bayern meinte, ein Mehlzoll von 10 Mark würde die deutsche Mäckerer infolge der Dumpingkonkurrenz Amerikas, ihre heimische Mehle mit Verlust zu

verkaufen. Sie werde dann verkaufen müssen, diese Verluste durch Erhöhung der Preise für gewöhnliches Mehl auszugleichen mit dem Erfolge, daß eine Verteuerung für das Brotmehl zu Kosten der Bevölkerung eintritt. Bremen müsse daher die Höhe der Zölle als zu niedrig ansehen.

Der Vertreter von Württemberg schloß sich dem bayerischen Antrag an. Er beantragte darüber hinaus aber auch eine Erhöhung der Zölle für Gersten- und Weizenprodukte von 14 auf 17,50 Mark pro Doppelzentner, was namentlich im Hinblick auf die Getreidemehl- und Mäckererzeugnisse notwendig sei.

Der Vertreter von Hamburg und Sachsen widersprachen dem bayerischen Antrag, wobei der letztere der Befürchtung Ausdruck gab, daß durch Annahme des bayerischen und württembergischen Antrages eine wesentliche Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel eintreten könnte.

In namentlicher Abstimmung wurde dann der bayerische Antrag mit 38 gegen 28 Stimmen unter anderem angenommen, daß der Zeitpunkt des Aufhebens der ermäßigten Zölle nicht allein von der Reichsregierung, sondern nur im Einvernehmen mit den Anhängern, die bei der Einführung mitgewirkt haben, bestimmt werden darf.

lassen. Die Vorstände sollen Wald- und Forstrenten in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen. Weiteren Waldschäden sollen in Ausbesserung dieser Weise, wenn nötig, aufgenommen werden; die Finanzämter sind angewiesen, fällige Landessteuern auf Antrag zu Hundern bzw. zu Tausenden vorgehend werden den Renten im Meber- schwenmungsgebiet durch Mittel zur Einhebung der ersten Rate durch das Finanzministerium zur Verfügung gestellt.

„Deutsche Demokratie“

Zentrumsabgeordneter Joost auf der Reichstagung der Windhoff-Bühne

Soest, 29. Juli.

In diesen Tagen findet hier die sechste Reichstagung der deutschen Windhoff-Bühne statt. Zu der Tagung beriet die Stadtverordnetenversammlung darüber, ob am kommenden Sonntag die Stadtsitzung über die Reichsflagge stattfinden sollte. Auf Initiative der Zentrumspartei gelang es, mit 14 gegen 11 Stimmen einen Antrag durchzubringen, wonach die städtischen Gebäude bei allen Gelegenheiten an erster Stelle die verfassungsmäßigen Reichsflaggen zeigen müssen. Für den Antrag stimmte das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Begründungsanfrage bei der Reichstagung hielt der Reichsflaggenabgeordnete Dr. Krone (Berlin), der Vertreter der Jugendverbände und der Liga für Menschenrechte willkommen heißen konnte. Gegenstand der weitläufigen Vorlesung, Abgeordneter Gerold, sowie ein Vertreter der Stadt- und der Ortsgruppe Soest. Abgeordneter Joost hielt darauf ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über das Thema „Deutsche Demokratie“, dessen Inhalt sich wie folgt zusammenfaßt: Die Frage, ob die Demokratie an sich gut sei und sittlich fördernd ist und bleiben kann, ist zu bejahen. Die Demokratie ist auch für das deutsche Volk brauchbar. Sie ist nicht nur ein deutsches Gut, sondern sie ist ein Neues, ein Fortschritt, sie verlangt von uns etwas. Die Demokratie ist den Glauben an das Vorhandensein von guten Menschen voraussetzt und an die Entfaltungsgewalt dieser Eigenschaften. Demokratie ist in Wirklichkeit, sachliche Behandlung der Probleme des Staates und Volkes. Nirgends sehe ich, daß die republikanische Form derer Tradition widerspricht. Es kommt darauf an, wie die Republik angefaßt wird. Sie darf nicht Partei faßend, sondern von Volksworte sein. Die Republik kann nur Bestand haben, wenn sie der Nation dient. Die Republik von heute sehe ich noch neben der nationalen Idee liegen. Ich erachte auch, daß sich die republikanischen Wesen an Beobachtet und Innerlichkeit des nationalen Gedankens nicht von andern übertreffen lassen. Die Nationalisierung des republikanischen Gedankens ist nicht Nationalismus im Sinne der Verherrlichung des Staates, sondern ein geladener Nationalismus, der eine friedliche Entwicklung will, aber realistisch genug ist, zu sehen, wie die Welt ist. Der Parlamentarismus als Sonderart hat in Deutschland seine Schwermierigkeit, die noch ungeklärt sind, aber gelöst werden können, vielleicht durch Erziehung, etwas Falsches zur Lösung sehe ich nicht, aber die Republikaner sollten darüber diskutieren, was nötig ist.

Ehrenbürgerrecht für einen Deutschen in Amerika. Aus Bridgeton (New Jersey, U.S.A.) wird gemeldet: Hier wurde der völlig mittellos verstorbenen deutsche Kriegsteilnehmer Peterka auf Kosten der amerikanischen Legion feierlich beigesetzt. Als Beihilfsführer fungierten amerikanische

Kriegsveteranen. Der Kommandeur der Legionsteilnehmer teilte mit, daß er der von den Deutschen veranstalteten feierlichen Beisetzung des Sohnes Peterka bei St. Laurentin gedachte. Mit einer feierlichen Beisetzung Peterka, so führte er aus, trage Amerika also eine Dankeschuld ab.

Gepannte Finanzlage bei der Reichspost

Rückgang der Radioeinnahmen

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am 29. Juli zu einer Sitzung zusammen. Ueber die Lage der Deutschen Reichspost im Juni 1926 wurde folgendes mitgeteilt: Der Briefverkehr, der Postanweilungs- und Sachfrachtenverkehr sind zurückgegangen, die Zahl der Postfachstellen und der Umsatz im Postfachwesen sind zwar gestiegen, das Guthaben auf den Postfachstellen ist aber um 19 Millionen Reichsmark weiter zurückgegangen, der Telegraphenverkehr hat durchschnittlich gegen den Vormonat um 11 Prozent abgenommen, die Zahl der Sprechtellen ist gestiegen, die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat im Juni um 20 Millionen Reichsmark auf 19 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Finanzlage der Deutschen Reichspost ist nach wie vor gespannt, was auf die ungunstige allgemeine Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Die Verwaltung erwartet jedoch nach früheren Erfahrungen, daß die bisherigen Ausfälle durch den im zweiten Halbjahr regelmäßig härteren Verkehr ausgeglichen werden.

Beil in München

München, 29. Juli.

Reichsminister Dr. Beil hat heute auf der Durchreise beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und den übrigen bayerischen Staatsministern einen Besuch abgelegt. Heute mittag hatte Reichsminister Dr. Beil eine längere Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten über die laufenden Fragen der beiden Reichsteile. Daran schloß sich ein Frühstück bei dem Ministerpräsidenten Dr. Held, an dem auch mehrere anwesenden Staatsminister Eitel, v. Meinel, die Staatsräte Kern und Schmitt teilnahmen.

Schiffbruch auf hoher See

54 Personen ertrunken

San Domingo, 29. Juli. (W. T. N.)

Die drei Dampfer „Francisco“, „Bates“ und „Mascot“, die sich auf der Reise nach den kleinen Antillen befanden, erlitten Schiffbruch. 54 Menschen sind ertrunken.

Lofen, 29. Juli. (W. T. N.)

Während am 29. Juli ein schwerer Regenfall ausbreitenden Fluten ertrunken.

Englisch-deutsche Bekanntschaften. In Verbindung einer Anfrage im Interdunkle teilte der Staatssekretär für das Kriegswesen, Coans, mit, daß bis Ende des vorigen Jahres 648 Ehen zwischen deutschen Frauen und im besetzten Gebiet lebenden englischen Soldaten geschlossen wurden.

SALAMANDER SCHUHE BILLIGER!

NUR NOCH 6 PREISE

GRUPPE 1	MARK 12 50
2	14 50
3	16 50
4	18 50
5	21 00
6	24 00

KEIN SCHUH MEHR ÜBER M.24

SALAMANDER



